



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 20.04.2021 – Auszug aus Drucksache 18/15472 –

Frage Nummer 22

mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter Jan Schiffers (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang wird von ihr eine Erweiterung bzw. Weiterentwicklung des Justizstandortes Bamberg geplant (Anzahl der benötigten Gebäude, Parkplätze, Anzahl der Mitarbeiter), welche Gebäude auf dem Lagarde-Gelände sind aus Sicht der Staatsregierung besonders geeignete Objekte und gibt es konkrete Nutzungspläne für die „Reithalle“ auf dem Lagarde-Gelände?
---	---

Antwort des Staatsministeriums der Justiz

Vorbemerkung:

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften in Bamberg sind auf mehrere Standorte verteilt und beengt untergebracht. Daher bestehen Überlegungen, für die Bamberger Gerichte und Staatsanwaltschaften weitere Räumlichkeiten zu gewinnen. Insofern wurden bezogen auf das Lagarde-Gelände Gespräche mit Vertretern der Stadt Bamberg geführt. Die Überlegungen befinden sich in einem frühen Stadium.

Im Zusammenhang mit der laufenden Suche nach einem geeigneten Baugrundstück für den beabsichtigten Ersatzneubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg (im Haushaltsplan 2021 veranschlagt als Planungstitel bei Kap. 04 05 Tit. 737 55) spielte das Lagarde-Gelände bislang keine Rolle. Die nachfolgenden Antworten beschränken sich daher auf den Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Dies vorangestellt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Der Umfang steht bislang nicht fest.

Die Eignung einer Liegenschaft zur Unterbringung staatlicher Behörden wird durch die Immobilien Freistaat Bayern im Rahmen einer Flächennutzungsempfehlung beurteilt. Zum jetzigen Verfahrensstand kann über die mögliche Eignung von Gebäuden auf dem Lagarde-Gelände daher keine abschließende Aussage getroffen werden.

Konkrete Nutzungspläne für die „Reithalle“ gibt es derzeit nicht.